die Freiheitsfackel

M i t t e i l u n g s b l a t t

für die Mitglieder des Freiheitsbundes e.V. Landesverband Berlin

Nummer 2 Februar 1956

Der SPD-Pressedienst veröffentlichte am 2. Dezember 1955 unter der Überschrift "Zum Schutze der Demokratie" folgenden Artikel über den "Freiheitsbund":

Wenn sich im Laufe der innerpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik den verantwortungsbewussten demokratischen Kräften e i n e Erkenntnis aufgezwungen hat, dann ist es die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes der Demokratie gegen Angriffe und mehr oder weniger offene Unterminierungsversuche aus den verschiedensten politischen Lagern. Dabei ist, wie gerade das Jahr 1955 gezeigt hat, nicht allein an die Abwehr von Angriffen aus kommunistischer Richtung, sondern ebensosehr aus rechtsradikalen Kreisen zu denken. Gerade auf dieser Seite haben sich in diesem Jahr mehr oder weniger organisierte Bestrebungen im Sinne einer Diffamierung der Demokratie und ihrer Einrichtungen bemerkbar gemacht, wobei diese antidemokratischen Machenschaften zum Teil unter dem Deckmantel legaler "unparteiischer" und "unpolitischer" Organisationen und Institutionen betrieben wurden.

Ohne Zweifel ist es in erster Linie Aufgabe des Parlaments, der in ihm vertretenen Parteien und der Gewerkschaften, den Angriffen gegen die Demokratie zu wehren, wobei die Regierung und die Polizei als ausführendes Organ zu wirken haben. Nun hat die Erfahrung leider gelehrt, dass in vielen Fällen polizeiliche Massnahmen vor allem dann nicht ausreichen, wenn sich diese antidemokratisch eingestellten "Vereine", "Bünde" usw. nach aussen demokratisch legaler Formen ihres öffentlichen Auftretens bedienen, um hinter dieser Fassade der Legalität in Appellen und Reden umso heftigere Attacken gegen die Demokratie zu reiten. In aller Erinnerung ist noch das Goslarer "Stahlhelmtreffen", bei dem in Abwehr antidemokratischer Demonstrationen die demokratischen Gewerkschaften auf den Plan treten mussten, um die Aktivität der ewig Unbelehrbaren in die Schranken zu weisen.

Damit erhebt sich die Frage, ob es nicht ganz allgemein Aufgabe der demokratisch eingestellten Staatsbürger ist, sich zu einer Verteidigung des demokratischen Staates und zur Abwehr von Angriffen bereit zu halten, unbeschadet der Aufgaben, die Parteien und Parlament auf diesem Gebiet haben. Es ist vielleicht für das wache demokratische Bewusstsein der Westberliner Bevölkerung bezeichnend, dass ausgerechnet in dieser Stadt zum ersten Male nach 1945 eine Organisation demokratischer Staatsbürger entstanden ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Demokratie a k t i v zu verteidigen. Hier hat der "Freiheitsbund" nun schon seit Jahren in der Abwehr antidemokratischer Angriffe gewirkt, sei es, dass sie

von kommunistischer oder nationalistisch-rechtsradikaler Seite kamen. Dass freilich in Westberlin die Verteidigungsposition mehr gegen kommunistische oder getarnte kommunistische Angriffe bezogen werden musste, liegt einmal in der geographischen Lage dieser demokratischen Bastion, zum anderen in der geringen Anfälligkeit der Berliner für rechtsradikale Beeinflussungsversuche.

Der "Freiheitsbund" in Westberlin, der die Tradition des früheren "Reichsbanners" fortsetzt, hat es sich in seinem Statut zur Aufgabe gemacht, gegen die Feinde der Demokratie notfalls mit den gleichen Waffen zurückzuschlagen und das demokratische Staatsbewusstsein zu sichern und zu stärken. Wenn es in Westberlin bisher fast in keinem Falle zu einer Störung demokratischer Kundgebungen von kommunistischer oder rechtsradikaler Seite gekommen ist, dann hat nicht zuletzt der "Freiheitsbund" dazu beigetragen.

Bereits seit 1951 besteht der "Freiheitsbund" offiziell. Der grösste Teil seiner Mitglieder wohnt in den Arbeiterbezirken Wedding, Reinickendorf und Neukölln. Vorher musste er wegen alliierter Vorbehalte in anderer Form den Schutz der Demokratie übernehmen. Die über 1000 Mitglieder wählen alle zwei Jahre eine Landesleitung, der wiederum ein Beirat mit beratender und beschliessender Funktion zur Seite steht und der sich aus den gewählten Vertretern der einzelnen Bezirksgruppen zusammensetzt.

Ohne jede Bindung an eine Partei ist der "Freiheitsbund" in Westberlin zu einer Organisation geworden, die aus dem demokratischen Leben dieser Stadt nicht mehr wegzudenken ist. Dass besondere freundschaftliche Beziehungen zur SPD bestehen, erklärt sich daraus, dass die SPD in gleicher Weise kompromisslos gegen alle antidemokratischen Tendenzen auftritt. Es braucht nicht betont zu werden, dass weder Stiefel noch irgendwelche anderen uniformähnlichen Utensilien beim "Freiheitsbund" etwas zu suchen haben.

+

Es begann bereits vor acht Jahren

Am 18. Januar beschloss die Volkskammer der Sowjetzone die Schaffung einer Nationalen Volksarmee. Begründet wurde die Gesetzesvorlage durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph, der darauf hinwies, dass die Schaffung einer Nationalen Volksarmee für die DDR zum aktiven Schutz des sozialistischen Aufbaus erfolge, der durch westdeutsche "Imperialisten und Militaristen" gefährdet und bedroht sei.

Es wurde ferner nach Paragraph 2 die Gründung eines Ministeriums für Nationale Verteidigung beschlossen, für das wenige Tage später Willi Stoph als Minister ernannt wurde.

Mit diesem Gesetz hat die Sowjetzonenregierung etwas, was seit 1950 bereits und auch in den jetzigen Formen vorhanden war, formell legalisiert.

In der politischen Öffentlichkeit ist seit ungefähr drei Jahren immer wieder in bestimmten Zeitabständen davon die Rede gewesen, die So-

wjetzone würde die Wehrpflicht in einer Nationalarmee verkünden. Sie hat dies nicht getan, weil sie nach kommunistischer Taktik immer einen Vorwand für ihre Massnahmen haben muss. Sicherlich wären in den vergangenen Jahren mancherlei Möglichkeiten gewesen, einen solchen Vorwand zu finden. Dass es n i c h t geschehen ist, zeigt wieder einmal, wie sehr alle Beschlüsse der Volkskammer und damit alle Massnahmen der Ostzonenregierung abhängig sind von Entscheidungen, die nicht in Pankow, sondern in Moskau fallen.

Die Zonenregierung hat wiederholt Vorstösse dahingehend gemacht, so schnell wie möglich eine Nationalarmee auszurufen. Sie hat den Sowjets gegenüber nicht zuletzt damit argumentiert, wie es Grotewohl im November im Ostberliner Karl-Liebknecht-Werk getan hat, die Jugendlichen würden sich weigern, freiwillig in der Kasernierten Volkspolizei zu dienen. Wörtlich sagte Frotewohl:

> "Viele Briefe gibt es heute, in denen junge Menschen schreiben, freiwillig will ich nicht. Aber wenn Ihr ein Gesetz macht und uns einzieht, dann gehen wir eben hin, dann sind wir gezwungen."

Dazu stellte der Pankower Regierungschef fest:

> "Vielleicht werden wir gezwungen, das so zu tun."

Moskau hatte seine Gründe, diesen Wünschen bisher nicht nachzugeben. Das Jahr 1955 war nach Ansicht der Regierung der UdSSR denkbar ungeeignet, ein solches Schauspiel über die Bühne gehen zu lassen. Sie ist sicherlich davon überzeugt, mit dem j e t z i g e n Beschluss über die Nationale Volksarmee ein Mittel in der Hand zu haben, um ihrer Politik erneut den notwendigen Nachdruck zu geben.

Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die Remilitarisierung der Sowjetzone tatsächlich im Jahre 1948 mit der Aufstellung sogenannter Bereitschaften begonnen hat; fortgesetzt wurde der systematische Auf- und Ausbau mit der Bildung eine r Hauptverwaltung für Ausbildung (HVA) und dass bereits im Spätherbst 1950 ca. 50 000 Mann mit dem Ausbildungsziel einer militärischen und politischen Schulung in der KVP neu eingestellt wurden. Im Jahre 1952 war das Ziel der Aufstellung einer Volksarmee klar zu erkennen, und es kam zu den ersten grossen Werbeaktionen für die KVP. Sämtliche Arbeitsämter hatten die Anweisung erhalten, möglichst viele geeignete junge Männer für die Volkspolizei anzuwerben.

Genau mit der gleichen Unwahrhaftigkeit, die heute die Sowjetzonenregierung anwendet, als ob der Westen den Osten zur Gründung einer Volksarmee gezwungen habe, hat Grotewohl bereits auf einer Pressekonferenz am 11. August 1951, also drei Jahre nach Aufstellung der ersten Verbände, erklärt, er könne über den militärischen Charakter der Volkspolizei keine Auskünfte geben, denn die Volkspolizei habe keinen.

Die Gesetzgebung vom 18. Januar 1956 sollte uns nie die Tatsache vergessen lassen, dass das, was heute als eine nationale Notwehr bezeichnet wird, bereits 1946 von den militärischen und politischen Stellen der Sowjets genau eingeplant war.

+

Wie zwingt man die Leute, Zeitungen zu lesen?

Man kann die Leute wohl zwingen, Zeitungen zu beziehen, aber wie bekommt man sie dazu, sie auch zu lesen, sie tagtäglich zu lesen, auf dass das kommunistische Gift langsam aber sicher seine Wirkung tue und den Leuten mit der Zeit die Hirne vernebele?

Vor dieser schwierigen Frage stehen alle Regierungen in den von den Kommunisten unterjochten Ländern, in Rumänien genau so wie in Ungarn oder Polen und ganz besonders in Mitteldeutschland. Es häufen sich die Klagen, ja sogar Anzeigen, die selbst von den offiziellen Parteizeitungen veröffentlicht werden, dass die Bürger der volksdemokratischen Republiken wohl die Parteizeitungen beziehen und bezahlen, sie aber - offensichtlich ungelesen - im Keller aufstapeln. Den deutschen Kommunisten blieb es vorbehalten, hier eine Lösung zu finden, die an teuflischer Raffiniertheit nicht zu überbieten ist und selbst weiland Joseph Goebbels, den Grossmeister der Propaganda, vor Neid erblassen liesse.

Man hat einen ganz neuen Zeitungstyp geschaffen, die Hauszeitung, die jeweils nur für einen einzigen Häuserblock bestimmt ist. Das erste Versuchskaninchen dieser Art ist die in Ostberlin herausgekommene "Oranienburger-Tor-Lupe", die sich ausschliesslich an die Bewohner der Häuser Friedrichstrasse 120-129 in Ostberlin wendet. Jeder einzelne Bewohner dieser zehn grossen mehrstöckigen Häuser wird hier unter die "Lupe" genommen, so dass die Leute aus ureigenstem Interesse gezwungen sind, diese Zeitung zu lesen, müssen sie doch wissen, was alles gegen sie vorgebracht wird. Vorläufig wird die Zeitung noch gratis verteilt - später werden die Leute aber auch gerne zahlen, um zu erfahren, wie sie "unter die Lupe" genommen werden. Da schreibt einer, natürlich ohne sich zu nennen, Herr X aus dem Hause Nr. 124, der einen kleinen Kaufladen besitzt, mache ständig grosse Einkäufe in Westberlin. Das kann er nur tun, wenn er die Strafgesetze der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik übertritt, denn wie anders sollte er sich die westlichen DM beschaffen? Also wird Herr X sich in der nächsten Nummer der Zeitung zweifellos zu Worte melden, entweder um zu berichtigen, oder aber um sich freiwillig einer gründlichen "Selbstkritik" zu unterziehen und Besserung zu geloben. Auf alle Fälle wird er etwas tun, um dem drohenden Zuchthaus zu entgehen. Mit den Gerichten in einem Staate, in dem nach Ausspruch der als "Justizminister" waltenden "Roten Hilde" Recht das ist, was der Kommunistischen Partei nützt, ist nicht zu spassen.

Alle Familien der betroffenen Häuser, alle jungen Leute oder einzelstehenden Menschen können sich jetzt darauf gefasst machen, dass man ihnen "fehlendes Klassenbewusstsein", "reaktionäre Haltung" oder irgend etwas vorwirft, was für sie bedrohlich ist. Diese Hauszeitungen - denn bald sollen in Berlin auch andere "Lupen" erscheinen und schliesslich das System auf alle mitteldeutschen Städte ausgedehnt werden - sind Kontrollorgane, die ihren Zwangsleserkreis systematisch terrorisieren, in Angst und Schrecken halten werden. Herr Müller aus dem Haus Nr. 127 besucht die Parteiversammlungen nur sehr unregelmässig, Genosse Maier aus dem Nebenhaus kümmert sich um seine Gewerkschaft überhaupt nicht. Die "freiwillige Spendensammlung" im Hause Nr. 128 war weit unter dem Durchschnitt, die Hausbewohner sind wohl samt und

sonders reaktionär und kapitalistisch verseucht. Der einsame Junggeselle Schulze geht fast allabendlich über die Sektorengrenze nach Westberlin. Was tut er dort? Hat er Kontakt mit imperialistischen Agenten? Und warum hat Familie Dingsda ihre Tochter nicht in ein kommunistisches Jugendlager, sondern nach Westdeutschland zu Bekannten auf Ferien geschickt?

Die Wirkung dieser Zeitungen kann man sich vorstellen. Sie werden natürlich nicht nur ihren Leserkreis unter die "Lupe" nehmen, sondern auch wissenswerte Verlautbarungen enthalten, über die Sonderzuteilung von einem Viertelpfund Gefrierfleisch z.B., oder dass im HO-Laden Sprotten eingetroffen sind oder die Polizei mal wieder die Meldelisten überprüft. Darüber hinaus aber enthalten sie schliesslich auch das Gift der kommunistischen Propaganda in politischen Nachrichten und Kurzartikeln, die nach dem System aufgebaut sind, dass keine Lüge gross genug sein kann, um nicht schliesslich doch geglaubt zu werden, wenn man sie nur ständig wiederholt. Der tatsächliche Einfluss dieses einzigartigen Presseproduktes wird sicherlich weit grösser sein als der aller Tageszeitungen, Zeitschriften, des Rundfunks oder der Versammlungen.

Schliesslich fordern diese "Lupen" ihre Leser auf, ihre politischen Überzeugungen "freimütig" mitzuteilen und sich auszusprechen. Man kann also das tragisch-ergötzliche Schauspiel erwarten, dass in der nächsten Nummer Herr Lehmann aus dem Erdgeschoss schreibt, dass er restlos für die Politik der "Sozialistischen Einheitspartei" eintritt; sein Nachbar im ersten Stock wird sich beeilen, mitzuteilen, dass sein ganzer Hass den westlichen Kapitalisten gilt; der Mann im zweiten Stock wird dann daran denken müssen, sich ein Treuebekenntnis zu den Leistungen des Regimes der "Werktätigen" abzuquälen; dies kann den Familienvater im dritten Stock veranlassen, auf die Notwendigkeit der Bereitschaft gegen den Klassenfeind hinzuweisen und seinen Sohn zu ermahnen, in die Volkspolizei einzutreten; dem Bewohner des vierten Stockes bleibt dann noch Gelegenheit, gegen die Vorbereitungen der Imperialisten zu wettern, und der Maler unter dem Dach wird schliesslich laut verkünden, dass er seine ganze Kunst dem kommunistischen Kampf für den Frieden widmet.

Unsere Gross- und Urgrossväter sind auf die Barrikaden gegangen, um für die Freiheit a l l e r Staatsbürger zu kämpfen...

P. B.

+

Dr. Wohlgemuths Wohnung

Im Hause Stalinallee 299 Ecke Proskauer Strasse hat Dr. Wohlgemuth, der seinerzeit mit Otto John nach dem Osten ging, seine Wohnung. Das Haus liegt schräg gegenüber dem Hause 280. Wohlgemuths Wohnung soll wunderbar eingerichtet sein, aber er sei wenig zu Hause. Er habe noch eine zweite Wohnung in Karlshorst, im Sperrgebiet. Den Bewohnern des Hauses ist streng verboten, über Dr. W. und dessen Lebensgewohnheiten Auskunft zu geben. Sie sind gehalten, sofort die Polizei zu benachrichtigen, wenn sie in oder vor dem Haus etwas Verdächtiges bemerken.

+

Ehrenbürger Paul Löbe

Der Brief, mit dem Paul Löbe die Ehrenbürgerrechte des Landes und der Stadt Berlin verliehen wurden, hat folgenden Wortlaut:

"Wir, der Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin, bekunden hiermit, dass wir Herrn Paul Löbe an seinem 80. Geburtstag in Anerkennung seiner hervorragenden historischen Verdienste um das Ansehen und die Würde der deutschen Demokratie als Präsident des Deutschen Reichstages und als Alterspräsident des ersten Deutschen Bundestages die Ehrenbürgerrechte des Landes und der Stadt Berlin verliehen haben.

Wir ehren damit zugleich den hervorragenden langjährigen Bürger unserer Stadt, den ausgezeichneten Journalisten und nicht zuletzt einen guten Menschen, der durch seine Haltung und sein Verhalten ein Vorbild für die Bürger, insbesondere für die Jugend geworden ist."

+

Nur ein paar Zeitungsmeldungen

Der Fall Clauberg

Die Kieler Staatsanwaltschaft hat mit den Ermittlungen gegen den ehemaligen SS-Brigadeführer Prof. Dr. med. Carl Clauberg wegen schwerer Körperverletzung begonnen. Voraussichtlich werden sich die Ermittlungen auf den Vorwurf der vorsätzlichen Tötung und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ausdehnen. Das Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet, nachdem der Zentralrat der Juden in Deutschland dem schleswig-holsteinischen Justizministerium dokumentarische Unterlagen über die Verbrechen zugeleitet hat, die Clauberg besonders in der Zeit von 1942 bis 1944 im Konzentrationslager Auschwitz an Jüdinnen begangen hat. Clauberg kehrte vor etwa drei Wochen aus sowjetischer Gefangenschaft zurück und liess sich nach Kiel entlassen. Er soll bereits rund 6000 DM Heimkehrerhilfe bekommen haben.

Aus den der Staatsanwaltschaft in Kiel vorliegenden Unterlagen des Zentralrats der Juden geht hervor, dass der SS-Professor Clauberg Leiter des Experimentierblocks 10 des Konzentrationslagers Auschwitz war. Weiter wird die Kieler Staatsanwaltschaft Unterlagen zu prüfen haben, welche die Pressestelle des schweizerischen israelitischen Gemeindebundes dem Zentralrat der Juden zuleitete. Hierin wird die Methode der Unfruchtbarmachung von Jüdinnen in Konzentrationslagern im einzelnen dargelegt. Die Eingriffe wurden meist ohne Betäubung vorgenommen. Es waren Injektionen mit einer Reizlösung, die meist schwere Verbrennungen zur Folge hatten und grauenhafte Schmerzen verursachten. Nur wenige Frauen sollen die Experimente überstanden haben, und sieben davon leben in Berlin. Der ärztliche Befund deutet darauf hin, dass bei ihnen allen Krebsgefahr besteht, und kaum eine dürfte das 50. Lebensjahr überschreiten.

Es ist noch offen, ob das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren auch gegen den Pharmazeuten Dr. Johann Göbel ausgedehnt werden muss. Göbel soll in Auschwitz mit Clauberg zusammen "experimentiert" haben und ebenfalls nach Schleswig-Holstein entlassen worden sein.

Berliner Stimme vom 19.11.1955

+

Einst: "Führer, befiehl! Wir folgen." - Jetzt: "Gleiches Recht für alle!"

Der Verband ehemaliger Internierter und Entnazifizierungsgeschädigter hielt am Sonntag in Kassel einen ausserordentlichen Bundeskongress ab. Dabei wurde die Forderung erhoben, "alle noch bestehenden Benachteiligungen" unverzüglich aufzuheben. Das im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerte gleiche Recht für alle müsse

endlich in die Tat umgesetzt werden. Dazu gehöre vor allem, dass sämtliche noch immer bestehenden Beschränkungen des Wahlrechts aufgehoben werden. Ferner sei es ein Hauptanliegen des Verbandes, für die ehemaligen Internierten, die während ihrer Internierungszeit körperliche Schäden erlitten haben, die Anerkennung als Kriegsbeschädigung auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes zu erreichen.

Frankfurter Rundschau vom 29.11.1955

+

Kampfgruppen

Kampfgruppen aus den volkseigenen Betrieben des grössten Berliner Industriebezirks, Köpenick, bekundeten am Sonnabend in einer eindrucksvollen Demonstration ihre Bereitschaft, die Errungenschaften des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates zu schützen. Der Aufmarsch mehrerer Hundertschaften bewaffneter Arbeiter und Mitglieder der Gesellschaft für Sport und Technik war zugleich eine Warnung an die Kriegstreiber, dass die Werktätigen der DDR bereit sind, den Frieden notfalls auch mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Auf dem Marktplatz von Oberschöneweide hatten sich die Züge und Hundertschaften aus dem Transformatorenwerk "Karl Liebknecht", dem Kabelwerk, dem Funkwerk und anderen Köpenicker Industriebetrieben gesammelt. Mit einem Musikkorps der Kasernierten Volkspolizei an der Spitze marschierten die Kampfgruppen trotz strömenden Regens sodann die Wilhelminenhofstrasse entlang. Die Männer in den blauen Kombinationen, die Gewehre und Maschinenpistolen trugen, wurden vor den Toren der grossen Werke, in denen zum Teil Schichtwechsel war, von ihren Kollegen herzlich begrüsst.

Der Arbeiter Werner erklärte uns an der Strassenbahnhaltestelle vor dem Werk für Fernmeldewesen: "Vor Monaten habe ich diese Entwicklung noch nicht begriffen. Jetzt sehe ich es ein. Die Waffe in der Arbeiterhand ist heute notwendiger denn je. Sollen sie doch kommen, die Herren, die Freiheit sagen und Ausbeutung meinen. Wir werden ihnen schon auf ihre schmutzigen Hände klopfen. Das Bild hier sollte auch den Stahlhelmrittern eine Warnung sein!"

Berliner Zeitung vom 11.12.1955

+

Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung

Der Schutz der Arbeiter- und Bauern-Macht, der Errungenschaften der Werktätigen und die Sicherung ihrer friedlichen Arbeit sind elementare Pflicht unseres demokratischen, souveränen und friedliebenden Staates. Die Wiedererrichtung des aggressiven Militarismus in Westdeutschland und die Schaffung der westdeutschen Söldnerarmee sind eine ständige Bedrohung des deutschen Volkes und aller Völker Europas. Zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik beschliesst die Volkskammer auf der Grundlage der Artikel 5 und 112 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik das folgende Gesetz:

§ 1

(1) Es wird eine "Nationale Volksarmee" geschaffen.
(2) Die "Nationale Volksarmee" besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften, die für die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik notwendig sind. Die zahlenmässige Stärke der Streitkräfte wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutze des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung.

§ 2

(1) Es wird ein "Ministerium für Nationale Verteidigung" gebildet.
(2) Das "Ministerium für Nationale Verteidigung" organisiert und leitet die "Nationale Volksarmee" (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) auf der Grundlage und in Durchführung der Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der Volkskammer und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik.
(3) Die Aufgaben des "Ministeriums für Nationale Verteidigung" werden vom Ministerrat festgelegt.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. Januar 1956

Dr. Dieckmann
Präsident

=

Beschluss über die Einführung der Uniform für die Nationale Volksarmee vom 18. Januar 1956:

Die von der Regierung beschlossenen Uniformen für die Nationale Volksarmee werden bestätigt.

Berlin, den 18. Januar 1956

Dr. Dieckmann
Präsident

Neues Deutschland vom 19.1.1956

Verantwortlich für den Inhalt: Richard Beck, p.Adr. Berlin-Halensee, Halberstädter Strasse 7 I